

ePub^{WU} Institutional Repository

Hubert Herzog

Konjunkturelle Entwicklung der Nachkriegszeit in Österreich 1950-1980

Paper

Original Citation:

Herzog, Hubert (1983) Konjunkturelle Entwicklung der Nachkriegszeit in Österreich 1950-1980. *IIR-Forschung*, 8. WU Vienna University of Economics and Business, Vienna.

This version is available at: <http://epub.wu.ac.at/6243/>

Available in ePub^{WU}: April 2018

ePub^{WU}, the institutional repository of the WU Vienna University of Economics and Business, is provided by the University Library and the IT-Services. The aim is to enable open access to the scholarly output of the WU.

Universitätsbibliothek
Wirtschaftsuniversität Wien

94.495 - C/8

Arbeitsberichte zum Themenkreis

STRUKTURELLE CHARAKTERISTIKA VON REGIONALENTWICK-
LUNG UND REGIONALPOLITIK IN ÖSTERREICH, 1955-1980

Zwischen großräumiger Arbeitsteilung und
integrierter regionaler Entwicklung

Hubert HERZOG

KONJUNKTURENTWICKLUNG DER
NACHKRIEGSZEIT IN ÖSTERREICH

1950 - 1980

I I R - FORSCHUNG

8/1983 (PERIPOL)

UB-WU WIEN



+J334248101

94.495 - C/8



Publikation gefördert durch das
Bundesministerium für Wissenschaft
und Forschung, Wien

V o r w o r t

Österreich erlangte mit dem 1955 abgeschlossenen Staatsvertrag - nach fast 2 jahrzehntelanger Unterbrechung (durch die Einbeziehung in das großdeutsche Reich und anschließend durch die Teilung in 4 Besatzungszonen) - wieder die Möglichkeit zu einer gesamtstaatlichen Politik und damit auch zu einer gesamtstaatlichen Regionalpolitik für die Entwicklung aller seiner Teilräume. Unterschiedliche natürliche Voraussetzungen, die historische Entwicklung, Kriegsereignisse, Besatzungsfolgen, aber auch die Wirkungen des in verschiedenen Perioden unterschiedlich wirkenden Marktmechanismus, hatten starke räumliche Unterschiede der Entwicklung einzelner Teilgebiete des Staatsgebietes zur Folge gehabt.

Bis zum Auftreten größerer Strukturprobleme älterer Industriegebiete in der zweiten Hälfte der 70-er Jahre war die staatliche Regionalpolitik - sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene - besonders auf die Förderung von peripheren ländlichen Gebieten bzw. von Grenzgebieten ausgerichtet gewesen. Dies fiel in die beiden Jahrzehnte überdurchschnittlich hohen gesamtwirtschaftlichen Wachstums, die auf den Abschluß des Staatsvertrages folgten - in vieler Hinsicht vergleichbar der Aufschwungphase einer langen wirtschaftlichen Wellenbewegung etwa im Sinne eines ca. 50-jährigen Kondratieff-Zyklus.

Wie in den meisten anderen Ländern, zielte auch in Österreich der Großteil der regionalpolitischen Maßnahmen für schwächer entwickelte periphere Gebiete auf deren stärkere räumliche (insbesondere verkehrsmäßige) und funktionelle (insbesondere industrielle) Integration in die nationale und internationale Arbeitsteilung ab. Vor allem in der genannten Wachstumsphase führten diese Maßnahmen in den meisten industrialisierten Ländern auch tatsächlich zu einer Verringerung von Disparitäten in den quantitativen Aspekten des Lebensniveaus (etwa des Beschäftigungsniveaus, Pro-Kopf-Einkommens, etc.), eine Tatsache, die z.T. durch Engpässe an Arbeitskräften, Boden, Infrastruktur, etc. in den hochentwickelten Gebieten bedingt war.

Gleichzeitig kam es jedoch hierbei zu - anfänglich kaum beachteten - qualitativen und strukturellen Transformationen, die die mittel- und langfristigen Entwicklungspotentiale peripherer schwach entwickelter Gebiete wesentlich beeinflusste. So war das Wachstum schwach entwickelter peripherer Gebiete nicht unwesentlich auf das Vordringen von Zweigbetrieben bzw. "verlängerten Werkbänken" multiregionaler oder -nationaler Unternehmen zurückzuführen, mit deren Hilfe sich eine neue räumliche Arbeitsteilung zwischen peripheren Gebieten (zunehmend standardisierte Aktivitäten und Routinefunktionen) und den Kernräumen (zunehmend unternehmerische Schlüsselfunktionen wie Forschung und Entwicklung, Vermarktung, Planungs- und Entscheidungsfunktionen) führte. Dies brachte in weiterer Folge eine verstärkte Bildungs- bzw. schichtenspezifische Differenzierung in der Beschäftigtenstruktur aber auch in der Wanderungs- und Pendelwanderungsstruktur zwischen peripheren

schwach entwickelten Gebieten und Kernräumen mit sich. Dies kann auch als regionale Desintegration bezeichnet werden (Stöhr 1981/b).

Während die vorgenannten Veränderungen der Indikatoren des quantitativen Lebensniveaus für die Erreichung kurzfristiger, z.T. politisch bedingter Zielsetzungen von Bedeutung waren, betrafen die zuletzt genannten qualitativen und strukturellen Charakteristika vielmehr das mittel- und langfristige Entwicklungspotential der betreffenden Regionen und - als wesentliche dynamische Faktoren - dabei insbesondere deren Anpassungs- und Innovationskapazitäten.

Die zuletzt genannten qualitativen und strukturellen Aspekte der Regionalentwicklung, die bisher sowohl in der Regionalanalyse als auch in der Regionalpolitik vernachlässigt wurden, stellen einen der Kernpunkte des Forschungsprogrammes am Interdisziplinären Institut für Raumordnung, Stadt- und Regionalentwicklung der Wirtschaftsuniversität dar (PERIPOL-Projekt). Als wesentliche strukturelle Determinante wurde dabei die periphere Lage in Form ungünstigen Erreichbarkeitspotentials zu internationalen, nationalen und regionalen Märkten angesehen.

In diesem Zusammenhang wurden folgende Fragenbereiche behandelt:

- Zusammenhänge zwischen dem Erreichbarkeitspotential der österreichischen Bezirke (Zugang zum regionalen, nationalen und internationalen Markt) und ihrem Entwicklungsstand (gemessen an Pro-Kopf-Einkommen, Arbeitslosenrate, Wanderungsrate, Pro-Kopf-Steueraufkommen) sowie zwischen deren Veränderungen.
- Wirtschaftliche und soziale Strukturen in peripheren entwicklungschwachen Gebieten (sektorale und Branchenstruktur, organisatorischer Status von Betrieben, Sozialstruktur und soziale Mobilität der Arbeitsbevölkerung, von Pendlern und Migranten) sowie deren Veränderungen im Vergleich zu Gebieten mit hohem Erreichbarkeitspotential und hohem Entwicklungsstand (Kernräume).
- Veränderungen der zentralörtlichen Struktur und des Steueraufkommens von Gemeinden in peripheren Gebieten im Verhältnis zu jenen von Kernräumen.
- Analyse wesentlicher seit 1955 in Österreich eingesetzter regionalpolitischer Instrumente im Hinblick auf Geltungsdauer, Ansatzpunkte und Wirkungsweise sowie ihre Abhängigkeit von der nationalen Konjunkturentwicklung.
- Untersuchungen, in welcher Weise die regionalpolitischen Strategien im Lichte der empirischen Befunde zu den vorgenannten Fragenbereichen, sowie im Hinblick auf die zu erwartende allgemeine wirtschaftliche Wachstumsverlangsamung in industrialisierten Ländern verändert werden sollten.

Wesentliche Ergebnisse dieses Forschungsprogrammes (PERIPOL-Projekt) wurden bereits in verschiedenen nationalen und internationalen Buch- und Zeitschriftenpublikationen veröffentlicht.

Dies betrifft etwa die Aspekte der grundsätzlichen Probleme von Bewertung und von Strategien der Regionalpolitik (Stöhr 1981/a, 1981/b, 1982, 1983/a, 1983/b; Stöhr und Tödting 1978/a, 1978/b und 1982; Herzog und Tödting 1983).

Auch zur Frage der regionalen Unterschiede der Betriebs- und Arbeitsplatzstruktur und der räumlichen Arbeitsteilung in Österreich wurden die Ergebnisse bereits veröffentlicht (Tödting 1981, 1983/a, 1983/b, 1983/c, 1984).

Mit weiteren Aspekten der genannten Fragestellungen befaßt sich eine Reihe von Studien für die Periode 1955-1980, die in den vergangenen Jahren an unserem Institut durchgeführt wurden und nunmehr zugänglich gemacht werden in der

vorliegenden Forschungsreihe:

IIR-Forschung
Heft (Kapitel)^{x)}:

Titel

- | | |
|---|---|
| 1 | Jörn KANIAK: Theorie und Methode zur Abgrenzung peripherer Gebiete und zur Messung des regionalen Entwicklungsstandes in Österreich, 1961-1973 |
| 2 | Gunther MAIER: Regionale Verteilung und zeitliche Entwicklung der Indikatoren des Entwicklungsstandes und des Erreichbarkeitspotentials der österreichischen Bezirke, 1961-1981 |
| 3 | Gunther MAIER: Ausgewählte Charakteristika der österreichischen Gebietstypen in Bezug auf Bevölkerung und Wirtschaft, 1971-1981 |
| 4 | Gunther MAIER: Bildungs- und Altersspezifische Migration in Österreich, 1966-1971 |
| 5 | Jörn KANIAK: Tendenzen der Veränderung zentralörtlicher Strukturen in peripheren Gebieten Österreichs, 1959-1977 |
| 6 | Jörn KANIAK: Die Entwicklung des kommunalen Steueraufkommens in zentralen und peripheren Gebieten Österreichs zwischen 1961-1973 |
| 7 | Hubert HERZOG: Regionalpolitik für periphere wirtschaftsschwache Gebiete in Österreich auf Bundes- und Landesebene, 1955-1980, dargestellt am Fallbeispiel Niederösterreich |
| 8 | Hubert HERZOG: Konjunkturelle Entwicklung der Nachkriegszeit in Österreich 1950-1980 |
| 9 | Gunther MAIER, Peter WEISS: The importance of regional factors for the income distribution in Austria, 1981 |

x) Die Kapitelhinweise im Text beziehen sich auf die jeweiligen Hefte dieser Reihe

Die in diesem Zusammenhang erstellten Arbeiten wurden durch die Förderung des Jubiläumsfonds der Österreichischen Nationalbank im Rahmen des Projektes "Regionalpolitik für periphere wirtschaftsschwache Gebiete" ermöglicht. Hiefür sei an dieser Stelle besonderer Dank ausgesprochen. Die Projektleitung oblag dem Unterzeichneten, die laufende Begleitung und Koordinierung der einzelnen Beiträge wurde von Univ.Assist.Dr.Franz Tödting besorgt.

o.Univ.Prof.Dr.Walter Stöhr

Bereits an anderer Stelle veröffentlichte Arbeiten zu diesem Themenkreis (vergl. Vorwort):

- Herzog H. und Tödting F., "Versuch einer Einschätzung der österreichischen Regionalpolitik für periphere und entwicklungsschwache Gebiete", in: Österreichische Zeitschrift für Soziologie, 3/1983.
- Stöhr W., 1981/a, "Development From Below: the Bottom-Up and Periphery-Inward Development Paradigm", IIR-Diskussionspapier Nr.6, in: Stöhr W. und D.R.F.Taylor (Hrsg.) Development From Above or Below? The Dialectics of Regional Planning in Developing Countries, J.Wiley & Sons Ltd., Chichester.
- Stöhr W., 1981/b, "Towards 'Another' Regional Development? In Search of a Strategy of Truly 'Integrated' Regional Development" in: R.P.Misra & M.Honjo (Hrsg.) Changing Perception of Development Problems (Bd.I of Regional Development Series, UN Center for Regional Development, Nagoya, Japan), Maruzen Asia Pte. Ltd., Singapore.
- Stöhr W., 1982, "Structural Characteristics of Peripheral Areas and the Relevance of the stock-in-trade Variables of Regional Science", in: Papers of the Regional Science Association, Vol.49.
- Stöhr W., 1983/a, "Alternative Strategies for Integrated Regional Development" in Seers, D. und K.Öström (Hrsg.) The Crises of the European Regions, MacMillan.
- Stöhr W., 1983/b, "Changing External Conditions and a Paradigm Shift in Regional Development Strategies?", IIR-Diskussionspapier Nr.17, Vortrag gehalten beim Symposium "La Crise Economique et l'Espace" an der Sorbonne, Paris, Mai 1983 und beim Symposium "The European Economy in Crisis" der European Association of Development Research and Training Institutes (EADI), Berlin, Sept. 1983, wird demnächst veröffentlicht bei Praeger, New York.
- Stöhr W. und F.Tödting, 1978/a, "Evaluation of Regional Policies: Experiences in Market & Mixed Economies", IIR-Diskussionspapier Nr.1, revidierte Fassung in: Hansen, N.M. (Hrsg.) Human Settlement Systems, Ballinger Publishing Company, Cambridge, Mass..
- Stöhr W. und F.Tödting, 1978/b, "Spatial Equity - Some Antitheses to Current Regional Development Doctrine" in Hendrick Folmer und Jan Oosterhaven (Hrsg.) Spatial Inequalities and Regional Development, Nijhoff, Leiden.
- Stöhr W. und F.Tödting, 1982, "Quantitative, qualitative und strukturelle Aspekte der Regionalpolitik aus europäischer Sicht", in: Fischer Georges (Hrsg.) Erfolgskontrolle raumwirksamer Politikbereiche, Dissenhofen, Rügger, Themenheft des Schweizerischen Forschungsprogrammes Regionalprobleme.
- Tödting F., 1981 "Organisatorischer Status von Betrieben und Arbeitsplatzqualität in peripheren und entwicklungsschwachen Gebieten Österreichs". Veröffentlicht vom Verband der Wissenschaftlichen Gesellschaften Österreichs, Dissertationen der Wirtschaftsuniversität Nr. 37/I und II (2 Bände), Wien (1983).
- Tödting, F., 1983/a, "Regionale Unterschiede der Betriebs- und Arbeitsplatzstruktur in Österreich und ihre Beziehungen zur österreichischen Regionalpolitik", in: Wirtschaft und Gesellschaft 2/1983, S.249-267.
- Tödting F., 1983/b, "Organisatorischer Status von Betrieben und Regionale Innovationsdisparitäten in Österreich", in: Brugger, E.A. (Hrsg.), Innovationsorientierte Regionalpolitik, Verlag Ruegger, Diessenhofen, 1984, (auch als IIR-Diskussionspapier Nr.18 a/1983 verfügbar).
- Tödting F., 1983/c, "Organisational characteristics of plants in core and peripheral regions of Austria, IIR-Diskussionspapier Nr.18, 1983 (erscheint in Regional Studies, Vol.18/4, 1984).
- Tödting F., 1984, "Multiregionale Unternehmungen und räumliche Arbeitsteilung in Österreich" in: Blaas W., Risch G. und Schönback W., (Hrsg.) Regionalökonomische Analysen für Österreich, Orac-Verlag, Wien 1984 (im Druck).

Inhaltsverzeichnis

1. Methodische Probleme der Festlegung von Konjunkturzyklen
 - 1.1 Maßstab der wirtschaftlichen Aktivität
 - 1.2 Abgrenzung von Phasen unterschiedlichen Wachstums
 - 1.3 Ausschaltung von Trend, Saison- und Zufallsschwankungen
2. Graphische Darstellung der Konjunkturentwicklung in Österreich im Zeitraum 1950 - 1980
3. Inhaltliche Beschreibung der österreichischen Konjunkturentwicklung der Nachkriegszeit

Darstellungsverzeichnis

Seite

- | | | |
|---|--|---|
| 1 | Herkömmliche Konjunkturmaßstäbe | 5 |
| 2 | Kapazitätsauslastungsgrad der Gesamtwirtschaft und der Industrie | 6 |

Die vorliegende Übersicht über die österreichische Konjunktur-entwicklung in der Nachkriegszeit wird hier als eine Grundlage für die im Heft 7/1983 durchgeführte Analyse der österreichischen Regionalpolitik dieser Periode dargestellt.

1. Methodische Probleme der Festlegung von Konjunkturzyklen

Während im Sinne der klassischen Konjunkturtheorie - Keynes eingeschlossen - unter Konjunkturzyklen Schwankungen im absoluten Niveau der wirtschaftlichen Aktivität verstanden wurden, traf dies im Wirtschaftsablauf der Nachkriegszeit nur mehr sehr eingeschränkt zu. Perioden beschleunigten Wachstums wurden nicht mehr durch effektive Rückgänge abgebrochen, sondern nur noch durch Phasen langsameren Wachstums.

Erst die Rezession 1975 brachte wieder ein offensichtliches Konjunkturtal mit hoher Arbeitslosigkeit und absoluten Produktionsrückgängen. Damit wurde die bereits aufgeworfene Frage obsolet, ob man anstelle von Konjunkturzyklen nur noch von Wachstumsschwankungen sprechen sollte (Breuss 1977, S. 1). Bezüglich der Definition und damit Meßbarkeit der Konjunkturentwicklung bedürfen 3 Problem-bereiche einer Präzisierung:

- . der Maßstab der wirtschaftlichen Aktivität,
- . die Abgrenzung von Perioden unterschiedlichen Wachstums,
- . die Ausschaltung von Trend, Saison- und Zufallsschwankungen.

1.1 Maßstab der wirtschaftlichen Aktivität

Die Messung der Konjunkturlage ist grundsätzlich auf 2 Arten möglich: einerseits mit Hilfe mehrerer Indikatorreihen, andererseits anhand eines Einzelindikators.

Beim Abbildungsversuch mittels mehrerer Indikatorreihen ergeben sich vielfältige Schwierigkeiten wie die unterschiedliche Entwicklung im Zeitablauf - ein "Vorausseilen bzw. Nachhinken" -, eine Nichtübereinstimmung von Wendepunkten, Aggregations- und Gewichtungprobleme ect.. Das grundsätzliche Dilemma liegt jedenfalls darin, wie

aus einer Fülle von Detailinformationen Schlüsse auf die Gesamtentwicklung abgeleitet werden sollen.

Die alternative Vorgangsweise bedient sich daher der Methode, die wirtschaftliche Aktivität mittels einer stark aggregierten Größe (zumeist BNP) abzubilden. Besonders für die Festlegung von Wendepunkten in der Vergangenheit scheint dies sinnvoll, da ja viele Indikatoren im BNP ihren Ausdruck finden bzw. auch darin nicht enthaltene Informationen wie Arbeitsmarktlage, Auftragsbestände und Erwartungen sich letztlich in der Produktionsentwicklung niederschlagen (Tichy 1972, S.19).

Nachteile der BNP-Verwendung sind darin zu sehen, daß es halbwegs verlässliche Berechnungen erst seit relativ kurzer Zeit gibt (in Österreich seit 1954), in diesem Zeitraum noch Berechnungsänderungen erfolgten (1968 und 1977), und es von der Validität der Daten und der Stabilität der Relationen als relativ ungenau eingeschätzt wird. Entscheidet man sich für das Volkseinkommen als Maßstab der wirtschaftlichen Aktivität, dann wählt man meist das BNP ohne Land- und Forstwirtschaft - zwecks Ausklammerung exogener Einflüsse wie des Wetters - in realen Größen, weil Preissteigerungen ohne tatsächliche Kapazitätsausweitung gemeinhin nicht als Aktivitätserhöhung angesehen werden (Tichy 1972, S.31). Ein relativ junges und theoretisch attraktives Einzelindikator-konzept definiert "die Differenz zwischen dem tatsächlich erzielten BNP und dem hypothetischen Wert, den es bei Vollbeschäftigung erreicht hätte (Potential Output)" als Maßstab der wirtschaftlichen Aktivität. Veränderungen des so eruierten Kapazitätsauslastungsgrades der nationalen Wirtschaft können dann zur Abbildung von Konjunkturschwankungen verwendet werden.

Der große Vorteil dieses Ansatzes besteht darin, daß nicht nur die Wendepunkte angezeigt werden können, sondern auch die Amplituden der verschiedenen konjunkturellen Ungleichgewichtssituationen quantifiziert und damit verglichen werden können. Im Moment der praktischen, rechnerischen Ermittlung dieses Maßstabs ergeben sich allerdings vielfältige methodische Probleme (vgl. Breuss 1975 und 1978).

1.2 Abgrenzung von Phasen unterschiedlichen Wachstums

Die Frage was als Konjunkturzyklus interpretiert wird, hängt wesentlich vom Zeitraum der Betrachtung ab. So unterschied die klassische Konjunkturlehre Wellen verschiedener Frequenz: Der längste Zyklus, der KONDRATIEFF, dauerte etwa 57 Jahre und bestand aus sechs JUGLAR-Zyklen zu je 9,5 Jahren; innerhalb jedes Juglar wieder glaubte man drei KITCHIN-Zyklen zu je $3 \frac{1}{6}$ Jahre erkennen zu können (Tichy 1972, S. 9).

Für Europa und speziell für Österreich ist eine längerfristige Betrachtung von geringer Relevanz, weil die Kontinuität der Wirtschaftsentwicklung durch historische Ereignisse unterbrochen wurde, sodaß sich eine Betrachtung auf die Nachkriegszeit bzw. auf den Zeitraum seit

Besatzungsende beschränken muß.

Zur Identifizierung von Wachstumsschwankungen standen in der österreichischen Konjunkturforschung bisher 2 Ansätze in Verwendung: Einerseits die Bestimmung von Wendepunkten der Zuwachsraten (gegen das Vorjahr oder saisonbereinigt gegen das Vorquartal) oder die Wendepunkte der Abweichungen von einem längerfristigen Trend (lineare oder exponentielle Trends, gleitende Durchschnitte).

Die am einfachsten zu berechnenden und daher am häufigsten verwendeten Zuwachsraten verzerren das Bild insofern, als sie vom jeweiligen Ausgangsdatum definiert werden und numerisch gleiche Zuwächse auf unterschiedlichen Niveaus andere Raten ergeben. Weiters erreichen sie - insbesondere die gegen das Vorquartal saisonbereinigten Zuwachsraten - ihr Maximum meist schon sehr früh, und zwar dann, wenn die steigende Nachfrage auf relativ niedrige Lager und nicht ausgelastete Produktionsfaktoren trifft, und flachen bereits wieder ab, wenn erst ein "durchschnittliches" Niveau der Kapazitätsauslastung erreicht ist (Tichy 1972, S. 32).

Daher gewann eine Methode stärker an Bedeutung, welche die Konjunkturschwankungen als Abweichung von einem Trend darstellt; dieses Vorgehen ist anschaulich und entspricht besser der Vorstellung von Konjunkturschwankungen als Unterschieden in den Kapazitätsauslastungen. Probleme gibt es dabei hinsichtlich der Trendverfahren und der Stützperioden. Lineare Trends können die Entwicklung immer nur für kurze Zeitperioden annähern und passen gegen Ende der Periode notwendigerweise am schlechtesten. Quadratische Trends zeichnen die Wachstumsschwankungen besser nach, können aber nur sehr begrenzt extrapoliert werden. Als Ausweg wählte man gleitende Regressionen bzw. als statistisch identische aber rechnerisch viel weniger aufwendige Verfahren gleitende Durchschnitte.

Als optimale Stützungsperiode wäre ein möglichst langer Zeitraum günstig, da dadurch der Trend glatter wird und die einzelnen Konjunkturbewegungen nicht mehr mitvollzogen werden. Je länger eine Stützperiode jedoch ausfällt, desto mehr Werte müssen an den Enden der Datenreihen extrapoliert werden, wodurch die zunächst gewonnene Genauigkeit wieder verloren geht. Als Kompromiß wird nun meist ein Zeitraum von 4-6 Jahren als Basisperiode angenommen, was in etwa der Länge einer westeuropäischen Konjunkturschwingung entspricht (Tichy 1972, S. 33).

Als Wendepunkt der Konjunktur können entweder die Schnittpunkte mit dem Trend oder die maximalen Abstände der Wachstumskurve vom Trend angesehen werden. Die Schnittpunkte mit dem Trend trennen Perioden über- und unterdurchschnittlicher Aktivität und kommen dem am nächsten, was im allgemeinen Sprachgebrauch unter Konjunkturwendepunkten verstanden wird. Die maximale Abweichung vom Trend signalisiert das Ende des jeweiligen kumulativen Prozesses und ist dadurch wirtschaftspolitisch höchst relevant. Für welche der beiden Abgrenzungen man sich entscheidet, hängt von der jeweiligen Problemstellung ab.

1.3 Ausschaltung von Trend, Saison- und Zufallsschwankungen

Die methodisch angestrebte klare Trennung zwischen Trend, Zufalls-, Saison- und Konjunkturschwankung kann in der Praxis natürlich nur sehr grob vorgenommen werden. So schwingt bspw. bei der Wahl einer 4-jährigen Stützperiode der Trend in gewissem Umfang selbst im Konjunkturhythmus. Die bei der Verwendung von Quartalsdaten notwendige Saisonbereinigung ist zwar (computergestützt) einfach durchzuführen, doch nicht unproblematisch. So trifft Tichy 1972, S.49/ die Feststellung, daß die alte Tradition der Konjunktur- Empiriker, mit Vorjahresveränderungen zu arbeiten, eine solide Basis aufweise, weil die saisonbereinigten Vorquartalsänderungen viel stärker fluktuierten als die Vorjahresveränderungen, wo die Schwächen des Bereinigungsverfahrens offenbar nicht so stark hervortreten würden.

Restschwankungen werden meist mittels einer einfachen Daumenregel eliminiert: Nur Schwankungen, die mindestens ein Jahr dauern werden als Konjunktur, der Rest wird als Zufall interpretiert (Tichy 1972, S.36).

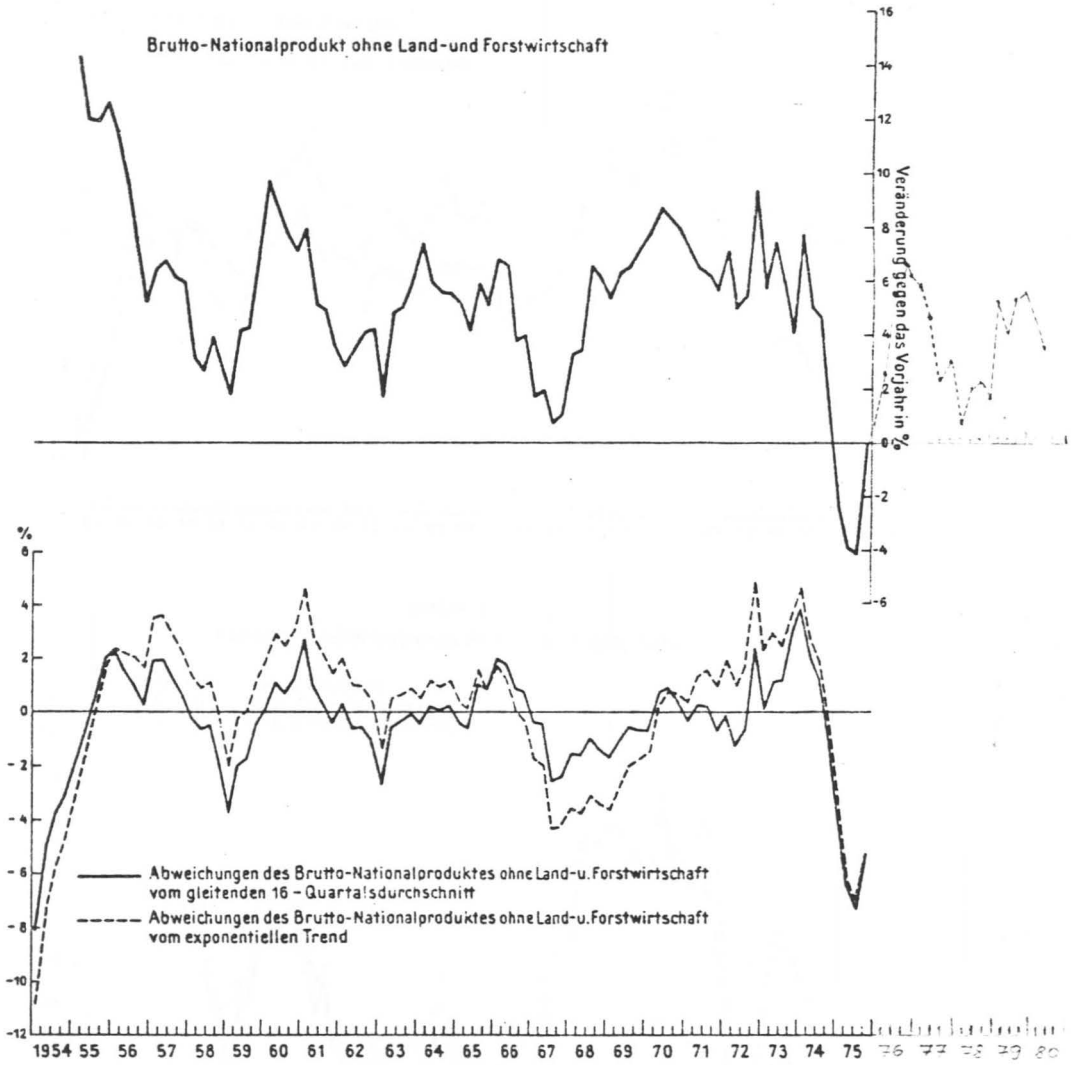
2. Graphische Darstellung der Konjunktorentwicklung in Österreich im Zeitraum 1950 - 1980

Im Sinne der vorangegangenen Ausführungen wird als Maßstab der Wirtschaftsentwicklung das BNP ohne Land- und Forstwirtschaft auf Preisbasis 1964 verwendet. Zwecks Veranschaulichung werden einander - entnommen aus Breuss 1975, 1978 - gegenübergestellt (vgl. Darstellungen 1 und 2)

- 1.) die Veränderung des BNP-Wachstums gegen das Vorjahr in %,
- 2.) die Abweichung des BNP's vom gleitenden und vom exponentiellen Trend,
- 3.) die Abweichungen des tatsächlichen BNP's der Gesamtwirtschaft vom Potential Output,
- 4.) die Abweichung des tatsächlichen Produktionswertes der Industrie vom Potential Output.

Darstellung 1:

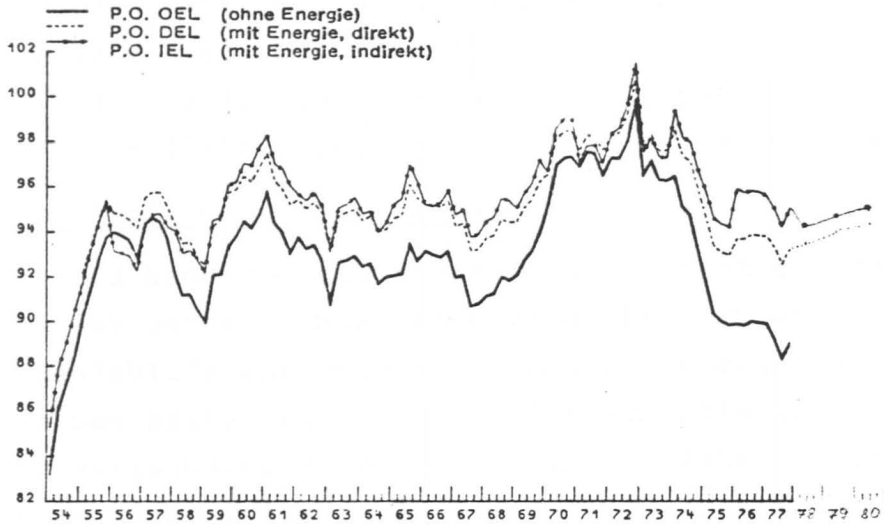
Herkömmliche Konjunkturmaßstäbe



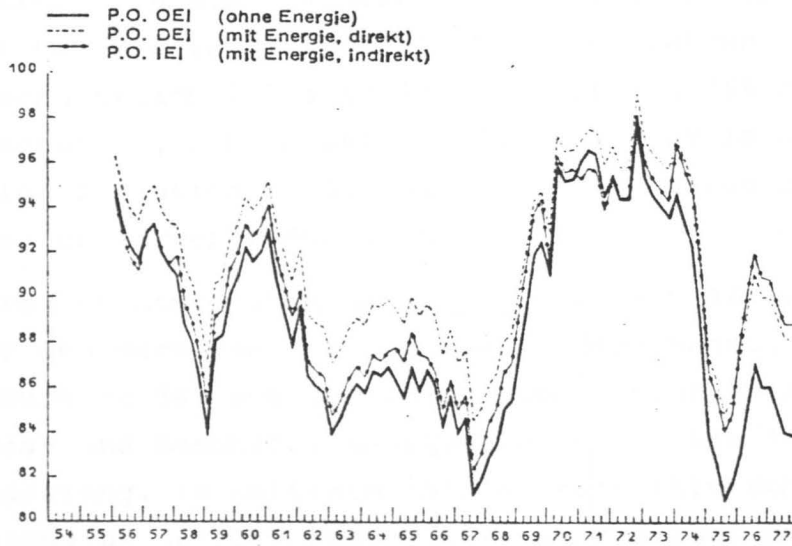
Quelle: Breuss, 1975, S. 199.

Darstellung 2:

Gesamtwirtschaft (ohne Land- und Forstwirtschaft)
Kapazitätsauslastungsgrad (Potential Output Gap)



Industrie
Kapazitätsauslastungsgrad (Potential Output Gap)



Quelle: Breuss, 1978, S. 234.

3. Inhaltliche Beschreibung der österreichischen Konjunkturentwicklung der Nachkriegszeit

Anhand der vorhin dargestellten Konjunkturmuster können in etwa folgende Perioden der Nachkriegskonjunktur abgegrenzt werden:

- I) 1953 - 1958: Wirtschaftswunderphase
- II) 1959 - 1967: Umstrukturierungsphase
- III) 1968 - 1974: Phase der Hochkonjunktur
- IV) 1975 - 1980: Rezessions- und Konservationsphase

I) 1953 - 1958: Wirtschaftswunderphase

Ab etwa 1953 kann von einer wieder eigenständigen Entwicklung der österreichischen Wirtschaft gesprochen werden. Die Auslandshilfe war weitgehend abgeschlossen, der Wiederaufbau hatte beträchtliche Fortschritte erzielt. Nach der wirtschaftlichen Stagnation der Jahre 1951/52 im Zuge der Schilling-Stabilisierung begann eine konjunkturelle Aufschwungphase, die als "österreichisches Wirtschaftswunder" bezeichnet wurde (Seidel 1967, S.129) und durch folgende Faktoren gekennzeichnet werden kann: sehr hohes Wirtschaftswachstum (in den Jahren '54 - '58 durchschnittlich 7,55% reales BNP- bzw. 6,95% reales BIP-Wachstum), hohe Arbeitslosigkeit (9,2% im Jahr '53), niedrige Inflation (3,0% '54 - '58) und einen deutlichen Anstieg der Erwerbstätigkeit.

Das Produktionsvolumen der Landwirtschaft erreichte 1953 wieder den Wert von 1937 und deckte den Nahrungsmittelverbrauch zu 86% aus der Inlandsproduktion. Als Einkommens- und Beschäftigungsquelle verlor sie jedoch massiv an Bedeutung. Im Zeitraum '51/'61 sank ihre Wohnbevölkerung um 361.000 oder 23,8% und die Zahl der Erwerbstätigen um 312.000 oder 28,9%. Verglichen mit den Anfängen der Industrialisierung bzw. der Vorkriegsentwicklung nahm die Landflucht in engem Zusammenhang mit dem Wachstum der Gesamtwirtschaft sprunghaft zu, da die gewerbliche Wirtschaft lohnende Beschäftigungsmöglichkeiten bot und die Landtechnik rasche Fortschritte erzielte. Der Zwang

und die technischen Möglichkeiten zu rationalisieren, ließen die Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft zwischen '51 und '61 um durchschnittlich 6% steigen, stärker als in den anderen Wirtschaftszweigen, die Industrie nicht ausgenommen (Seidel, Butschek und Kausel 1966, S.19).

In der Industrie konnte die Stagnation der Jahre '51/'52 rasch überwunden und ein steiler Aufstieg eingeleitet werden. Vor allem die (verstaatlichten) Grundstoff- und Investitionsgüterindustrien hatten massive ERP-Förderung erfahren - zwischen 1949 und 1954 rund 6 Mrd.S. aus Counterpartmitteln - und Hand in Hand damit war eine beträchtliche Produktions- und Exportausweitung realisiert worden. Insgesamt erhöhte sich die Industrieproduktion von '53 - '58 um 85% und lag damit bereits um mehr als das Zweieinhalbfache über dem Vorkriegsniveau (Brusatti und Bachinger 1970, S. 258).

Bei branchenweiser Untergliederung zeigt sich, daß die Konsumgüterindustrie allerdings hinter den Grundstoff- und Investitionsgüterzweigen stark zurückblieben. Während Industrie und verarbeitendes Gewerbe ihren Beschäftigtenstand im Zeitraum '51 - '61 um 10,97% oder 136.247 Berufstätige erhöhten, realisierten die Betriebsklassen Chemische Produktion sowie Eisen- und Metallgewinnung Beschäftigtenzuwächse um 45,1% bzw. 29,8%. Demgegenüber verzeichneten die meisten traditionellen Konsumgüterzweige (Ledererzeugung und -verarbeitung -27%, Bekleidungsbetriebe -13%, Textilbetriebe -2%) Beschäftigungsrückgänge und nur unterdurchschnittliche Produktionssteigerungen (Seidel, Butschek und Kausel 1966, S.23).

Die Produktionsgewinne der Grundstoffindustrie wurden wesentlich von Exporterfolgen induziert, die teilweise aufgrund eines Einkaufsbooms der Großmächte im Gefolge der Suez- und Ungarnkrise 1956 zustande kamen und teilweise aus der Nutzung der seit der Schillingabwertung 1953 bestehenden Preis- und Kostenvorteile resultierten (Brusatti und Bachinger 1970, S. 232).

Der Dienstleistungsbereich stand demgegenüber eher im Hintergrund. Sein Beitrag zum (nominellen) BNP wuchs eher mäßig von 33,3% 1951 auf 34,8% 1955. Allmählich begann sich aber seine wachsende Rolle als Beschäftigungs- und Einkommensquelle abzuzeichnen. So wurden '51 - '55 von 100 zusätzlich beschäftigten Arbeitern und Angestellten je die Hälfte in der industriell-gewerblichen Güterproduktion und in den Dienstleistungsbereich aufgenommen (Seidel 1967, S. 132).

Nach einer sehr zögernden Anlaufphase begann der Fremdenverkehr stärker in Erscheinung zu treten, der in weiterer Folge beträchtliche Investitionsmittel auf sich zog, wichtige Impulse für den Infrastrukturausbau gab, die Etablierung neuer Industriezweige induzierte (Wintersportartikel, Schilifte, Hoteleinrichtungen) und der Landbevölkerung einen Nebenerwerb sicherte. Die Einnahmen aus dem Fremdenverkehr konnten jedenfalls das Handelsbilanzdefizit der Jahre '54 - '58, das infolge hoher Importüberschüsse bei Konsumgütern erwuchs, in etwa abdecken (Brusatti und Bachinger 1970, S. 267).

Der Wirtschaftspolitik kam in dieser Phase eminente Bedeutung zu. Die Schillingstabilisierung 1951/52 - Preissenkungsaktion der Wirtschaft, verschärfte Marktlenkung, Kreditverteuerung und radikaler Abbau des Budgetdefizits - dämmte die Inflation ein und stellte das Vertrauen in die Währung wieder her.

Die als "Raab-Kamitz-Kurs" bezeichnete Neuorientierung der Wirtschaftspolitik 1953 förderte die Erhöhung der Investitionsbereitschaft und Bemühungen im Außenhandel. Als investitionspolitische Maßnahmen wurden diesbezüglich eingesetzt eine Lockerung der Kreditbremse, die erstmalige Ermöglichung vorzeitiger Abschreibung (Ausfuhrförderungsgesetz 1953), die Einführung von Sonderkreditaktionen (Gründung der BÜRGES 1954) und ein 10-jähriges Investitionsprogramm des Bundes, das sich vor allem auf den Autobahnbau, die Elektrifizierung und den Ausbau der Bundesbahnen und das Post- und Telegraphenwesen konzentrierte. Zum Zwecke der Exportförderung kam es zu

einer Neufestlegung der Schillingparität gegenüber dem Dollar (26:1 gegenüber 10:1 bei Kriegsende), zur Setzung zahlreicher legislativer und administrativer Maßnahmen zur Erleichterung des Exports (z.B. Einführung von Umsatzsteuerrückvergütung) sowie zur Schließung neuer Handelsabkommen und zur Errichtung neuer Außenhandelsvertretungen (Brusatti und Bachinger 1970, S. 248).

Als die Auswirkungen der U.S. Rezession (Mitte '57 bis Mitte '58) im Sinken der Exporte und in der Umstrukturierung des Welthandels zugunsten von Konsumgütern sichtbar wurden und es 1958 auch in Österreich zum Fallen der Beschäftigungszahlen kam, versuchte die Wirtschaftspolitik mit verschiedenen Maßnahmen entgegenzulenken. Die Bewertungsfreiheit, die man '56 nicht mehr verlängert hatte, um konjunkturelle Überhitzungserscheinungen zu dämpfen, wurde (regionalpolitisch differenziert) wieder eingeführt. Eine Reihe von Betriebsausgaben wurde steuerlich abzugsfähig (nicht entnommene Gewinne, Zuwendungen für Forschungsarbeiten, Teile der erhöhten Lagerhaltungskosten) und die Steuerprogression wurde abgemindert (Brusatti und Bachinger, 1970).

II) 1959 - 1967: Umstrukturierungsphase

Der Konjunkturunbruch des Jahres 1958 war nicht von langer Dauer. Ende 1959 war der Anschluß an die Hochkonjunktur wieder hergestellt. Die folgende Wachstumsperiode entwickelte sich dennoch deutlich anders als die vorhergehend: Das Wachstum BNP bzw. BIP (im Jahresdurchschnitt '59 - '67 4,9% bzw. 4,6%) und die Arbeitslosigkeit (2,7%) verringerten sich, die Inflation (3,8%) zog an.

Die Abwanderung aus der Landwirtschaft hielt mit unverminderter Stärke an. Nach der Sozialversicherungsstatistik sank im Zeitraum '55 - '61 die Zahl der Unselbständigen Erwerbstätigen um durchschnittlich 5,3% pro Jahr und beschleunigte sich im Zeitraum '61 - '66 auf 6,0%. Die Abwanderungsrate der Selbständigen und Mithelfende Familienmitglieder dürfte seit '61 zumindest

nicht kleiner gewesen sein als vorher. Absolut scheiden allerdings immer weniger Arbeitskräfte aus der Land- und Forstwirtschaft aus, da ihr Bestand stetig sinkt (Seidel, Butschek und Kausel 1966, S. 37). Insgesamt verlor die Land- und Forstwirtschaft von '61 - '71 31,4% der Wohnbevölkerung (absolut -362.544) und 39,9% der Erwerbstätigen (-306.748).

Der Beitrag der Landwirtschaft zum realen BNP im Zeitraum '60 - '66 stagnierte und ihr Anteil am Volkseinkommen sank von 10,5% auf 7,9%.

Die Industrie erlebte Ende der fünfziger und Anfang der sechziger Jahre einen ausgesprochenen Wachstumsboom. Nach den Schätzwerten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung expandierte der Brutto-Kapitalstock der Industrie zwischen 1958 und 1962 besonders stark. Auch die Beschäftigtenzuwächse waren 1960 und 1961 mit 3,2% und 2,7% relativ hoch. Ab '62 kam es dann zu einer rückläufigen Tendenz der Beschäftigung und der realen Investitionen (Seidel 1974, S. 64).

Dieser Wachstumsrückgang wird heute allgemein als Anpassungsprozeß der österreichischen Wirtschaft an geänderte binnen- und weltwirtschaftliche Gegebenheiten bezeichnet: Gegen Ende der fünfziger Jahre war die eigentliche Wiederaufbauperiode abgeschlossen, die österreichische Wirtschaft mußte sich auf eine reine Friedenswirtschaft umstellen. Der wichtigste Strukturwandel vollzog sich dabei auf dem Weltmarkt für industrielle Rohstoffe, Basisprodukte und Energie. Die Knappheit an diesen Gütern und damit die Preishausse, charakteristische Erscheinung der Nachkriegsperiode, wurden in kurzer Zeit überwunden. Österreichs Wirtschaft wurde davon besonders betroffen, weil gerade in jenen Sektoren, in denen nun weltweit Überkapazitäten bestanden, die Produktion weit über den Bedarf hinaus ausgeweitet worden war. Gleichzeitig kam es zu einer Umschichtung der Nachfrage von Investitionsgütern zu höherwertigen Finalgütern und die Ansprüche des Marktes an das technologische Niveau und den modischen Geschmack nahmen zu (Seidel 1974, S. 62).

Das Auseinanderklaffen der Angebotsstruktur der österreichischen Wirtschaft (Stahl, Holz, Papier, Sägewerke) mit der internationalen Nachfragestruktur (hochwertige Konsumgüter) wurde nun durch die Vollliberalisierung im OECD- und im GATT-Bereich sowie der Eingliederung in die EFTA einerseits bzw. durch die einsetzende EWG - Diskriminierung andererseits zusätzlich verschärft. Resultat davon war der Verlust von Marktanteilen im In- und im Ausland und die tendenziell zu beobachtende Strukturverschiebung zugunsten des Industrieanteiles kam fast zum Stillstand: Der Anteil der Industrie am österreichischen BNP lag 1962 bei 26,6% und 1967 bei 27,0% (Breuss 1975, S. 196).

Der Dienstleistungsbereich begann in dieser Phase seine Wachstumsdynamik zu entfalten. Sein Anteil am (nominellen) BNP stieg von 34,8% 1955 auf 41% 1965. Besonders Handel, Verkehr, Geld- und Versicherungswesen sowie Fremdenverkehr weiteten sich überproportional aus. Bei den Beschäftigungszuwächsen '60 - '65 lautete das Verhältnis bereits 75:25 (von 100 zusätzlich beschäftigten Arbeitern und Angestellten) zugunsten der Dienstleistungen. Die primär-sekundär-tertiär Verschiebung der Wirtschaftsstruktur wurde in Österreich durch besondere Umstände zusätzlich gefördert: Die technische und soziale Revolution in der Landwirtschaft ließ ihre Produktivität besonders kräftig steigen. Die Anfang der fünfziger Jahre stark expandierende Industrie verlor Anfang der sechziger Jahre aus Strukturgründen stark an Dynamik, während die tertiäre Produktion durch die stürmische Entwicklung des Fremdenverkehrs zusätzliche Impulse erhielt (Seidel 1967, S. 133).

Die wirtschaftspolitischen Aktivitäten dieser Phase zielten in zwei Hauptstoßrichtungen:

Im außerwirtschaftlichen Bereich war Österreich im Stockholmer Vertrag von November 1959 an der Konstituierung der EFTA beteiligt und trat im Dezember 1960 im Abkommen von Paris der OECD bei. Bereits im Dezember 1961 richtete Österreich ein Ansuchen um neutralitätskonforme Assoziierung an die EWG und hielt im "Alleingang nach Brüssel" ab 1965 ein Verhandlungsmandat, das allerdings

bis 1969 durch ein italienisches Veto wegen der Südtirolfrage blockiert sein sollte (Koller 1978, S. 11).

Im binnenwirtschaftlichen Bereich wurden die export- und investitionsfördernden Maßnahmen weiterverfolgt. Die Umsatzsteuerrückvergütungen für Exportlieferungen wurden 1962 eingeschränkt und 1964 kam es zu einer Reorganisation der staatlichen Exporthilfe in Form eines Ausfuhrförderungsgesetzes (Ausfallhaftung und günstige Ausfuhrförderungskredite - Bachinger und Matis 1974, S.274). Zu Zwecken der Investitionsförderung erfolgte 1957 und 1958 die Gründung zweier Sonderkreditinstitutionen, der österreichischen Investitionskredit AG. und der Kommunalkredit AG.; ab 1963 wurde die 1959 ausgelaufene Möglichkeit der Bewertungsfreiheit (Vornahme vorzeitiger Abschreibung) wieder eingeführt.

Die geänderte wirtschaftspolitische Situation Anfang der sechziger Jahre - ab 1961 herrschte gesamtwirtschaftlich Vollbeschäftigung und Arbeitskräfteknappheit - führte 1962 zu einem Aktionsprogramm, das die Entlastung des Arbeitsmarktes durch die Einstellung von Gastarbeitern bewirkte. Gleichzeitig gewannen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik einkommensumverteilende nivellierende Tendenzen an Bedeutung, denn "nach dem kräftigen Wachstum der fünfziger Jahre schien es mindestens ebenso wichtig, den Produktionsertrag angemessen zu verteilen, wie ihn weiter zu steigern" (Seidel, Butschek und Kausel 1966, S.37).

Dies äußerte sich sowohl in regionaler Hinsicht (regionale Differenzierung der Bewertungsfreiheit, Zielsetzung der Kommunalkredit AG., Förderung wirtschaftlich unterentwickelter Gebiete im Finanzausgleich) als auch in direkter einkommensbezogener Weise: Verbesserung der Kollektivverträge im Rahmen der 1957 eingerichteten Paritätischen Kommission für Lohn- und Preisfragen, Einführung einer umfassenden Marktordnung für Milchwirtschaft, Vieh- und Getreidewirtschaft 1958 und Verabschiedung eines neuen Landwirtschaftsgesetzes 1960, in dem die jährliche Vorlage eines "Grünen Berichtes" über die Lage der Land- und Forstwirtschaft und eines "Grünen Planes" über deren

Förderung verankert wurde, sowie 1962 eine Novellierung des Einkommenssteuergesetzes, in der stärker auf die unteren Einkommenschichten Bedacht genommen wurde (Brusatti und Bachinger 1970).

Gegen Ende der Periode wurde allerdings in Anbetracht der Verlangsamung des Wirtschaftswachstum und der strukturellen Schwierigkeiten wichtiger Branchen wachstumspolitischen Erwägungen wieder mehr Aufmerksamkeit geschenkt. So verabschiedete die nunmehrige ÖVP-Alleinregierung im Juli 1966 sechs Wirtschaftswachstumsgesetze, die im wesentlichen Steuervorteile für private Investitionen und Kapitalmarkttransaktionen sowie eine Förderung des längerfristigen Sparens vorsah. Zusätzlich wurden erhöhte Budgetmittel für Schulwesen, Forschung und öffentliche Investitionen bereitgestellt und die Reorganisation und finanzielle Konsolidierung der verstaatlichten Unternehmen in Angriff genommen (Seidel 1967, S. 138).

III) 1968 - 1974: Phase der Hochkonjunktur

In der dritten Phase der österreichischen Nachkriegskonjunktur erreichte das gesamtwirtschaftliche Wachstum Rekordwerte (die jährliche Steigerung '68 - '74 betrug durchschnittlich 6,1% BNP oder 5,6% BIP) und die Wirtschaft produzierte ab Mitte 1970 bis zum ersten Quartal 1974 nahezu am Kapazitätsplafond. Die Inflation beschleunigte sich allerdings von 2,8% auf 9,7% (Breuss 1975, S. 197).

In der Land- und Fortswirtschaft hielten die schon seit längerem beobachteten Tendenzen weiter an:

Die Beschäftigungszahl ging nach wie vor stark zurück, wobei die Abwanderung, die zunächst hauptsächlich die Landarbeiter (fünfziger Jahre) und die mithelfenden Familienmitglieder (sechziger Jahre) betroffen hatte, mit Beginn der siebziger Jahre auch die Betriebsinhaber selbst - Einführung der Bauernpension! - erfaßte und 1970-73 ihren Höhepunkt mit jährlich 6% erreichte (ÖStZA 1976, S.8).

Die Erträge wurden weiterhin gesteigert und in der Phase '68 -'74 wurde ein durchschnittlicher jährlicher Wertschöpfungszuwachs von nominell 5,7% erzielt, dem allerdings ein realer Wert von nur 0,8% entspricht. Der Anteil der Land- und Forstwirtschaft am realen BIP sank von 8,28% 1968 auf 6,26% 1974. Parallel zu den Veränderungen der Ernährungsgewohnheiten der Konsumenten kam es auch zu Umschichtungen in Pflanzenbau und Viehhaltung. Infolge partieller Marktsättigungen ergaben sich Absatzschwierigkeiten bei Agrarprodukten sowohl im Inland wie im Ausland und die Subventionspolitik mußte fortgesetzt werden (Brustti und Bachinger 1970, S. 303-304).

In der Industrie begann sich seit Ende 1967 durch die internationale Konjunkturbelebung ein Ende der Stagnation abzuzeichnen. Dafür waren vor allem zwei Momente ausschlaggebend:

Einerseits waren Bestrebungen zur Umstrukturierung der Produktion erfolgreich gewesen und andererseits konnten mit zunehmender außenwirtschaftlicher Verflechtung neue Absatzmärkte erschlossen werden.

Die Produktionsstruktur der österreichischen Industrie war unter dem Druck geänderter Marktchancen seit Ende der fünfziger Jahre in Richtung einer Erzeugung von Finalgütern mit anspruchsvollem technologischen und modischen Niveau umgeschichtet worden. So stieg der Anteil von Fertigwaren von 46% in der Periode 1958-1961 auf 59% im Zeitraum 1967-1971, jener der Rohstoffe und Halbfertigwaren sank von 22% und 27,5% auf 13% und 23%. Mindestens ebenso stark wie die Branchenstruktur verschob sich das Produktionssortiment in den einzelnen Branchen zugunsten der Erzeugnisse mit höherer Verarbeitungsstufe. Österreich dürfte im Bereich der Fertigwaren davon profitiert haben, daß sich die Nachfrage von Artikeln der Massenproduktion zu ganzen Anlagen, Spezialmaschinen und Produkten des Freizeitkonsums verschob (Tichy 1972, S. 153).

Zu einem wesentlichen Teil war das starke Wachstum einer hohen Außennachfrage zu danken. Der Exportboom dieser Konjunkturwelle wurde teilweise auf eine kräftige inter-

nationale Wirtschaftsbelebung, zum großen Teil aber auf den Gewinn von Marktanteilen durch die österreichische Exportwirtschaft zurückgeführt. Das verstärkte Erkennen und Nutzen von Exportchancen von einer sich vergrößernden Zahl österreichischer Betriebe basierte dabei auf mehreren Faktoren: Die relativ schlechte Kapazitätsauslastung 1967 verstärkte die Exportbemühungen, die relative Abwertung des österreichischen Schillings, die günstige Entwicklung der Arbeitskosten (verglichen mit den ausländischen) und die Verbesserung der Warenstruktur bei nur noch gleichbleibender EWG-Diskriminierung schufen Wettbewerbsvorteile auf den Auslandsmärkten (Tichy 1972, S. 151).

Der Beitrag der Inlandsnachfrage zum Konjunkturaufschwung blieb jedenfalls in der Anfangsphase weit hinter den Erwartungen zurück und trug erst 1971 entscheidend zur Aufrechterhaltung der Wachstumsrate und zur Streckung des Konjunkturplateaus bei. So nahm der private Konsum in den Jahren '67 - '69 infolge einer hohen Sparquote, einer relativ geringen Steigerung des Brutto-Einkommens und zusätzlicher steuerlicher Belastungen und sonstiger Aufwendungen (die Reform der Wohnbauförderung '68 brachte eine stärkere Bindung von Eigenmitteln) nur sehr mäßig zu. Ähnlich kam es erst '70/'71 infolge hoher Gewinne und hoher Kapazitätsauslastung zu einer guten Investitionskonjunktur. Bemerkenswert ist dabei, daß der Anteil der Erweiterungsinvestitionen von etwa einem Fünftel in den sechziger Jahren auf rund ein Drittel stieg, was offenbar nur möglich war, weil die Unternehmen nicht nur Absatzchancen sahen, sondern auch die Möglichkeit, zusätzliche Arbeitskräfte zu gewinnen (Tichy 1972, S. 155).

Der kräftige Anstieg der Nachfrage konnte ja nur zu realen Wachstumssteigerungen führen, wenn das Angebot entsprechend elastisch reagierte. Dies gelang einerseits vor allem durch eine Erhöhung der Arbeitsmarktelastizität mittels Aktivierung von Arbeitskraftreserven (höhere Gastarbeiterkontingente, Mobilisierung struktureller und regionaler Reserven, flexiblerer Arbeitskrafteinsatz), andererseits aber dank einer kräftigen Produktivitätssteigerung infolge besserer Kapazitätsauslastung, wirt-

schaftlich sinnvollere Seriengrößen und verstärkten Technologieeinsatzes. Die "X-inefficiency" dürfte in dieser Phase durch das Harmonisieren von Kapitalstruktur, Ausbildung der Beschäftigten und Organisationsverbesserung ein Minimum erreicht haben. Insgesamt stieg der Anteil der Industrie am BNP jedenfalls von 27,4% auf 30,4% 1974 (Breuss 1975, S.197).

Der Dienstleistungssektor durchlief in dieser Hochkonjunkturphase einen rasanten Aufholprozeß. Er steigerte sein durchschnittliches reales Wachstum auf 5,3% und lag damit zwar noch deutlich unter dem des Sekundären Sektors (6,5%), aber nur noch knapp unter dem der Gesamtwirtschaft (5,6%). Sein Anteil am realen BIP war dabei leicht rückläufig; er fiel von 44,1% '68 auf 43,5% '74.

Am augenscheinlichsten wird die Wachstumssbeschleunigung des Tertiären Bereichs bei einer Betrachtung der Beschäftigungsentwicklung vor Augen geführt. Während die Zahl der dem Dienstleistungsbereich angehörigen Berufstätigen im Zeitraum '61 - '71 um 127.989 oder 10,8% zunahm (gegenüber -5,9% im Sekundären und -44,4% im Primären Sektor), wurde dieses Wachstum allein bei der Entwicklung der unselbständigen Beschäftigten der nächsten drei Jahre (plus 150.480 oder +12,5%) schon deutlich übertroffen.

Die Ursache für das beschleunigte und stetige Beschäftigungswachstum des Dienstleistungssektors lag zunächst in der wachsenden Leistung, die bereits seit Anfang der sechziger Jahre von der öffentlichen Hand, insbesondere durch Ausbau des Unterrichts-, Bildungs- und Gesundheitswesens erbracht wurde, aber auch in der günstigen Geschäftsentwicklung in Handel, Geld- und Kreditwesen sowie Rechts- und Wirtschaftsberatung. Aber auch in der Phase des kräftigen Konjunkturaufschwungs Ende der sechziger Jahre war es dem Dienstleistungsbereich möglich, seinen Beschäftigtenstand annähernd gleichzeitig mit dem produzierenden Sektor auszuweiten bzw. diesen ab etwa 1970 sogar zu übertreffen. Dies dürfte umso leichter gelungen sein, als die Sachproduktion und die Dienstleistungen vielfach auf verschiedenen Teilmärkten als Nachfrager auftraten. Die

Industrie weitete vor allem ihren Stand an weniger qualifizierten ausländischen Arbeitskräften aus, wogegen manche Dienstleistungszweige, speziell der öffentliche Dienst, mittlere und höhere Qualifikationen nachfragten, die das Ausbildungssystem nun in steigendem Maß zur Verfügung stellen konnten. Dadurch wurde auch ein nicht unwesentlicher Effekt auf die Produktivitäts- und Wertschöpfungssteigerung ausgeübt (Butschek 1978, S. 491). Verstärkt wurde diese Situation durch eine Kumulierung von Arbeitszeitverkürzung in den siebziger Jahren, die angesichts des langsameren Produktivitätswachstums im Tertiären Bereich zu größeren Beschäftigungsausweitungen führte, als im produzierenden Sektor (a.a.o., S. 489). Entscheidend für die Beschäftigungsentwicklung des Dienstleistungssektors waren die großen Blöcke des öffentlichen Dienstes und des Handels, auf die 1974 Anteile von 32,8% und 24,5% des gesamten Bereichs entfielen. An der Spitze der Expansion lagen weiters die Sparten des Unterrichts- und Gesundheitswesens, der Rechts- und Wirtschaftsdienste, des Beherbergungs- und Gaststättenwesens (im Gefolge des Fremdenverkehrs) sowie des Geld- und Kreditwesens (Butschek 1978, S.491).

Das Hauptanliegen der Wirtschaftspolitik der Aufschwungsphase bildete die Wachstums- und Strukturpolitik, die eine Beseitigung jener Hemmnisse anstrebte, die eine rasche Anpassung der österreichischen Wirtschaft an die Dynamik der Märkte bisher verhindert hatte. Das Wirtschaftskonzept der damaligen ÖVP-Alleinregierung, der Koren-Plan, forcierte und realisierte auch größtenteils ab 1968 Maßnahmen auf dem Gebiet der Wettbewerbspolitik (Änderung des Kartellgesetzes, Einführung des Nettopreissystems), der Struktur- und Industriepolitik (Erleichterung der Unternehmenskonzentration durch das Strukturverbesserungsgesetz 1969 und Einrichtung des Forschungsförderungsfonds 1969), der Investitions- und Finanzierungs politik (Ausbau der Investkredit AG., Schaffung des Entwicklungs- und Erneuerungsfonds, Erweiterung der BÜRGES durch das Gewerbestrukturverbesserungsgesetz 1969) und der aktiven Arbeitsmarktpolitik (Arbeitsmarktförderung 1968).

Darüber hinaus kam es zur Erstellung eines fünfjährigen Basisinvestitionsprogrammes des Bundes mit Schwerpunkten in den Bereichen Wohnbau, Straßenbau, Bildung und Forschung, Verstaatlichte Unternehmen, ÖBB, Post u.a.m. .

Gegen Ende des Jahres '69 begann sich infolge der Aufhebung des italienischen Vetos eine Möglichkeit des Arragements mit der EWG abzuzeichnen. Es dauerte jedoch noch bis Mitte '72, bis ein Freihandelsabkommen auch tatsächlich abgeschlossen werden sollte.

Mit dem Übergang der Regierungsgewalt auf das (Minderheits-) Kabinett Kreisky I im April 1970 und die Mehrheitsregierung Kreisky II im November 1971 ergaben sich Verschiebungen in den wirtschaftspolitischen Zielsetzungen, insbesondere bezüglich der Interventionstätigkeit der öffentlichen Hand in das allgemeine Wirtschaftsgeschehen in Richtung einer eher selektiven, gezielten Förderung verschiedener Wirtschaftszweige gegenüber bisher vorherrschenden generell-automatischen Maßnahmen. Ebenso wurde die Regionalpolitik stärker akzentuiert (Gründung der ÖROK im Februar 1971, Konzipierung des Aichfeld-Murboden-Programms, Vorbereitung eines Bundesordnungsgesetzes).

Mit Jahresende 1972 wurde die Umstellung auf die Mehrwertsteuer vollzogen und damit auch eine zeitlich befristete Investitionssteuer in Kraft gesetzt. Gleichzeitig mußte die Wirtschaftspolitik zur Eindämmung des Preisauflriebs sowie der Zahlungsbilanz- und Budgetdefizite auf einen restriktiven Kurs umschwenken, der in Form verschiedener Maßnahmen wie Liquiditätsbeschränkungen, Kürzungen des ERP-Fonds, Reform der Sparförderung, Steuer- und Gebührenerhöhungen u.a.m. bis Ende 1975 aufrechterhalten werden sollte und durch Stabilisierungsabkommen mit den Sozialpartnern verfestigt wurde.

IV) 1975 - 1979: Rezessions- und Konservationsphase

Nach dem etwa sieben Jahre anhaltenden, ungewöhnlich kräftigen Wachstum der Vorperiode kam es 1975 zum Konjunkturzusammenbruch in einem Ausmaß, wie man es seit Kriegsende nicht mehr gekannt hatte: Erstmals kam es zu einem absoluten Rückgang des Wirtschaftsniveaus (das reale BNP sankt um 2%, das BIP um 1,7%), die gesamtwirtschaftliche Kapazität war bloß zu 92%, die industrielle gar nur zu 81% ausgelastet (Tichy 1976, S. 99).

Gleichzeitig kam es zu einem einmaligen Phänomen, daß negatives Wirtschaftswachstum nicht begleitet wurde von einem Beschäftigungseinbruch, sondern von hoher Inflation (9,1% 1975), somit eine "Inflationsrezession" bestand (Breuss 1977, S. 12).

Die Wertschöpfung der Land- und Forstwirtschaft wuchs in der Periode '75 - '79 im Jahresdurchschnitt real um 2,3% und lag damit über dem Trend der vergangenen zehn Jahre von durchschnittlich 1,5%. Durch Sonderfaktoren wie Witterungseinflüsse (Rekordernten im Pflanzenbau '75, im Getreide- und Weinbau '78; Spitzenwerte des Holzeinschlags '76 und '79 infolge von Sturm- und Schnebruchkatastrophen), Produktionszyklen (Schweine- und Geflügelboom '76) u.a.m., ergaben von Jahr zu Jahr erhebliche Abweichungen von der längerfristigen Tendenz. Insgesamt sank der Anteil der Land- und Forstwirtschaft am realen BIP weiter von 6,6% 1975 auf 6,0% 1979.

Die Abwanderung aus dem Agrarsektor hielt mit einer durchschnittlichen Jahresrate von -3,2% unverändert an und der Anteil der in der Land- und Forstwirtschaft Beschäftigten fiel von 10,9% 1975 auf 9,2% 1979. Der Zusammenhang zwischen allgemeiner Wirtschaftsentwicklung und dem Strukturwandel im Agrarbereich kam deutlich zum Vorschein. Während der österreichische Agrarsektor in einer Phase kräftigen Wirtschaftswachstums und hoher Arbeitsmarktanspannung zwischen 1960 und 1973 jährlich etwa 5% seiner Erwerbstätigen verlor, ging seit dem Konjunkturunbruch '74/'75 diese Rate auf ca. 3% zurück. Auch der

bis zur Rezession beobachtete Berufswechsel junger Bauern dürfte stark an Bedeutung verloren haben, denn die Zahl der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe ist seither praktisch stabil geblieben. Eine deutlich geringere Abnahme des Bestands an agrarischen Arbeitskräften und eine stark steigende Arbeitsproduktivität (6,1% durchschnittliche Wachstumsrate der Periode '75-'79 gegenüber 2,4% der Gesamtwirtschaft) infolge eines anhaltend kräftigen biologisch-technischen Fortschritts lassen ein erhöhtes Angebot an agrarischen Produkten erwarten. Um die Einkommen der Bauern nicht zu gefährden, müssen für diese Erzeugnisse neue Märkte erschlossen werden: angesichts der Sättigungstendenz im Inland und des Angebotsüberhanges auf den internationalen Agrarmärkten ein Problem der Zukunft (Schneider 1979, S. 115).

Der Sekundäre Sektor realisierte in der Periode '75 bis '79 einen durchschnittlichen jährlichen realen Produktionszuwachs von 2,4% und eine durchschnittliche Produktivitätssteigerung um 3,1% (gegenüber 2,4% in der Gesamtwirtschaft). Sein Anteil am BIP blieb in dieser Phase mit knapp 47,9% praktisch konstant. Die Beschäftigungsentwicklung nahm mit einer durchschnittlichen Jahresrate von 0,6% ab und der Saldo des Beschäftigtenstands weist ein Minus von 42.480 Arbeitskräften aus.

Die Industrie wurde dabei von der Rezession des Jahres '75 besonders stark betroffen. Der erste Rückgang des realen Produktionsvolumens seit 1952 fiel mit -8% gegenüber 1974 drastisch aus und auch der Rückgang der Industriebeschäftigten erreichte mit 5% im Jahresdurchschnitt einen negativen Rekordwert. Das Beschäftigtenpotential wurde darüber hinaus zu einem großen Teil über eine Verringerung der Arbeitsstunden an den Nachfragerückgang angepaßt. Das Branchenmuster verlief international sehr ähnlich: Der Rückgang im Konsumgüterbereich fiel deutlicher aus als im Investitionsgüterbereich, auch die Wachstumsbranchen des Grundstoffsektors (Erdöl- und Chemieindustrie) mußten empfindliche Rückgänge hinnehmen (Aiginger 1976, S.121).

In den Jahren '76 und '77 führte eine Steigerung der Investitionstätigkeit, bei der aber nach wie vor das Ziel der Rationalisierung gegenüber der Kapazitätserweiterung stark im Vordergrund stand, und eine überbordende Inlandsnachfrage nach langlebigen und gehobeneren Konsumgütern, die von einer Kumulierung verfügbar gewordenen Sparguthaben und durch die Ankündigung einer Luxussteuer ausgelöst worden war, zu einer leichten Konjunkturbelebung und gleichzeitig zum Rekordwert des Handelsbilanzdefizits in der Höhe von 73 Mrd. S. oder 9,2% des BNP (Kramer 1978, S. 101). Hand in Hand damit gingen beträchtliche Marktanteilsverluste im Inland ('76 -5,3%, '77 -3,5%), die weit über dem Trendwert der längerfristigen Marktanteilentwicklung von durchschnittlich -1% pro Jahr lagen. Während 1970 österreichische Produkte noch einen Anteil von rund 61% an der inländischen Industriegüternachfrage innehatten, betrug ihr Anteil 1979 nur mehr rund 52% (Schenk 1979, S. 29).

Gleichzeitig wurde es immer schwieriger, Marktanteilsverluste im Inland durch Exporte zu kompensieren. Ausschlaggebend dafür war die österreichische Hartwährungs-Wechselkurspolitik und das Zuendegehen der Periode der Handelsliberalisierung in doppeltem Sinn: Einerseits waren im Juli 1977 die Zölle für die Mehrzahl der Industriewaren im Handel von 16 westeuropäischen Ländern völlig abgebaut, andererseits erfuhren Import- und Handelsrestriktionen in den Bereichen Stahl, Textilien und Bekleidung sowie Luxusartikel eine Wiederbelebung (Stankowski 1978, S. 168).

Mit dem Ausbleiben eines kräftigen internationalen Konjunkturaufschwungs wurden auch die Schwierigkeiten in den österreichischen Grundstoffindustrien (Stahl, Papier, Chemiefaser) wieder akut, deren krisenhafte Situation nach wie vor durch beträchtliche Überkapazität, Preisverfall und/oder moderner ausgerüsteter Anbieter gekennzeichnet ist (Schenk 1978, S. 138).

Insgesamt verdichteten sich die Anzeichen, daß der Konjunkturrückschlag 1975 mehr als nur ein einmaliger Einbruch war und mit ihm ein mittelfristiger Anpassungsprozeß

eingeleitet wurde. Während der bisherige Strukturwandel in der Industrie, insbesondere jener der sechziger Jahre, im wesentlichen eine Verlagerung von der Grundstoff-, Vorprodukte- und Halbwarenherzeugung zur Finalgüterproduktion bedeutete, läuft der Umstrukturierungsprozeß der siebziger Jahre auf eine Erhöhung der internationalen Konkurrenzfähigkeit vornehmlich mittels besonderem Know-How und höchstqualifizierter Arbeitskräfte hinaus (Schenk, 1979, S. 137).

Der Dienstleistungsbereich schaffte im Zeitraum '75 - '79 einen durchschnittlichen Wertschöpfungszuwachs von 3,8% (gegenüber 2,9% der Gesamtwirtschaft, gemessen am realen BIP) und einen Produktivitätszuwachs von 1,4% p.a. (Gesamtwirtschaft 2,4%). Der Anteil am realen BIP stieg geringfügig von 45,01% auf 45,44%. Die Beschäftigung verzeichnete ein kräftiges Wachstum von durchschnittlich 2,4%, was in Summe eine Beschäftigungsausweitung von 166.395 ergab. Der Anteil des Dienstleistungssektors an der Gesamtheit der unselbständig Berufstätigen nahm von 52,02% '75 auf 54,2% 1979 zu.

Daß sowohl im Konjunkturunbruch '75 als auch in der darauffolgenden Phase des mäßigen Wirtschaftswachstums bei einer durchschnittlichen Arbeitslosenrate von 2,0% praktisch Vollbeschäftigung herrschte, obwohl der demographische Trend eine Zunahme des inländischen Erwerbspotentials bewirkte, ist neben direkten arbeitsmarktpolitischen Eingriffen (Arbeitszeitverkürzung, Abbau der Gastarbeiterkontingente, Umschulung ect.) vor allem der Expansion des Dienstleistungssektors zu verdanken. Diese Beschäftigungsausweitung folgte dem längerfristigen Trend der Primär-Sekundär-Tertiär-Sequenz, der in den sechziger Jahren wegen des knappen Arbeitskräfteangebots unterschritten worden war. Erst mit der Zunahme des Angebots an qualifizierten Arbeitskräften aufgrund der demographischen Entwicklung konnte zu Beginn der siebziger Jahre der latente Nachfrageüberhang des Tertiären Bereichs zu den in diesen Zweigen geltenden Löhnen befriedigt werden. Da der Dienstleistungssektor von der Rezession

in viel geringerem Maße getroffen wurde, konnte er die Gesamtbeschäftigung annähernd stabilisieren (Biffel 1977, S. 148).

Die Schwergewichte der Beschäftigungsausweitung lagen in den Bereichen öffentlicher Dienst, der allein seit '70 seinen Beschäftigungsstand um mehr als 100.000 oder um mehr als ein Viertel ausweitete, Handel, Fremdenverkehr und wirtschaftsnahe Dienstleistungszweige wie Geldwesen, Versicherungen, Rechts- und Wirtschaftsberatung (Kramer 1979, S. 90). Mit einer ähnlich starken Nachfrage nach Arbeitskräften dürfte allerdings in Zukunft nicht mehr zu rechnen sein. So hat sich der Beschäftigungsaufbau in einzelnen Dienstleistungssparten bereits deutlich verlangsamt (Fremdenverkehr, Handel) bzw. ist überhaupt zum Stillstand gekommen (Öffentliche Körperschaften). Der Tertiäre Sektor dürfte somit zum Teil seinen Personalbedarf gesättigt haben, zum Teil, insbesondere im Öffentlichen Dienst, dürfte man an Finanzierungsschranken gestoßen sein (Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen 1978, S.28).

Die vorangehend beschriebene Entwicklung war nun nicht auf Österreich beschränkt. Ähnlich ungünstig bzw. teilweise noch drastisch schlechter fiel der Konjunkturreinbruch im gesamten OECD-Raum aus, die Beeinflussungsrichtung wirkte auch wesentlich von der internationalen auf die nationale Ebene zurück.

Nach Tichy 1977 (S. 44) lag das rezessionsauslösende Moment in besonders stark überhitzten Faktormärkten (Arbeitskräfte, Rohstoffe, Nahrungsmittel), infolge weltweitem Wachstumsgleichschritts - mitverursacht durch den Übergang zu flexiblen Wechselkursen - und internationaler Wachstumseuphorie. Verschärft wurde die Situation durch die Dollarkrise, die anlegesuchendes Kapital in die Rohstoffspekulation umleitete, und die Ölkrise, die nach anfänglichen Lieferbeschränkungen in viermal höheren Erdölpreisen eskalierte. Infolge der zunehmenden internationalen Arbeitseinteilung und weltwirtschaftlichen Interdependenz strahlte der kumulative Effekt dieser Faktoren direkt in den nationalen Bereich hinein aus und erfaßte via den

exponierten Sektor (Exportindustrie und Industriezweige, die für den Binnenmarkt produzieren, aber unter starkem Importkonkurrenzdruck stehen) auch den geschützten Sektor (Breuss 1977, S. 1).

Die drastisch demonstrierte Knappheit in Form höherer Rohstoffpreise wurde auf die Konsumentenpreise übergewälzt und resultierte in teuerungsbedingten Lohnforderungen. Die Inflation wurde dadurch stärker angeheizt, als es der augenblickliche Nachfragedynamik entsprochen hätte (Aiginger 1980, S. 13).

Der Versuch der Unternehmen, sich kurzfristig mit noch billigen Rohstoffen einzudecken, führte zu einer kurzen Scheinkonjunktur 1974. Längerfristig jedoch wirkten sich die Kaufkraftverlagerungen (durch die Verschlechterung der terms of trade zuungunsten der Industriestaaten) und die Zahlungsbilandefizite aus:

Die Exportnachfrage ging deutlich zurück, da auch die Rohstoffproduzenten ihre "inflationsschädigten" Importe reduzierten, die Investitionen folgten infolge ungewollt hoher Lagerbestände an Fertigwaren, pessimistischer Unternehmenserwartungen und restriktiver monetärer Maßnahmen. Der private Konsum sank ab, während die private Sparquote als Ausdruck der unsicheren Einschätzung zukünftiger Einkommens- und Inflationsentwicklung 1975 einen absoluten Höhepunkt erreichte (Breuss 1977, S. 26).

Die Erholung der Wirtschaft Österreichs war also, entgegen der ursprünglichen Erwartungen, langsam. Eine echte Konjunkturbelebung wurde einerseits durch die hohe Inflation, andererseits durch die hohen Budgetdefizite erschwert. Ein anderes Wachstumshindernis bestand im verbreiteten Pessimismus über die Lage der Industriestaaten und deren Zukunft, besonders in Hinsicht auf die Abhängigkeit in der Energieversorgung, sowie die vermehrte Problematisierung und Infragestellung der Priorität und Eigendynamik der Wachstumsziels. Die Folge dieser Stimmungsänderung und der überwiegend restriktiven Politik war ein Investitionsrückgang, der zusammen mit einer schwachen Zunahme der privaten Nachfrage zu einer Ver-

langsamung des Produktivitätswachstums führte. In dieser Situation erwarteten die meisten internationalen Prognosen für den OECD-Raum und auch für Österreich in der ersten Hälfte der achtziger Jahre ein nur mäßiges Wirtschaftswachstum von durchschnittlich 3,5% realer BIP-Zuwachsrate (Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen 1980, S. 13).

Die Wirtschaftspolitik mußte seit dem Zuendegehen der Hochkonjunktur ihre Stoßrichtung mehrmals umkehren. Während die Rezession '75 ein Abgehen von der Stabilisierung erforderlich machte und zwecks Konjunkturbelebung expansive Maßnahmen getroffen werden mußten (Einsatz der Stabilisierungsquote von 3 Mrd. S., Sistierung der Investitionssteuer, Vorsehung zusätzlicher vorzeitiger Abschreibungen sowie Teilabschreibungen für Exportförderung ect.), führte die anschließende leichte Erholung Österreichs in das größte Defizit seiner Handelsbilanz.

Der Wirtschaftspolitik schien daher im Lauf des Jahres 1977 die Einleitung eines auf den Ausgleich von Leistungsbilanz- und Budgetdefizit bedachten Kurses geboten, sodaß sie zur Einführung der 30%-igen Luxussteuer auf 33 Zolltarifpositionen, der Einschränkung der Sparförderung und der Konsumkredite sowie beträchtlichen Erhöhungen von Gebühren und Abgaben ihre Zuflucht nahm.

Der Rückgang des Zahlungsbilanzdefizits bei anhaltender Investitionsschwäche ermöglichte 1978 eine Änderung der wirtschaftspolitischen Prioritäten.

Durch die Zinsenstützungsaktion 1978 erfolgte eine Senkung der Kapitalkosten für innovatorische und exportorientierte Investitionen, die Investitionssteuer wurde nicht mehr verlängert und der Entwicklungs- und Erneuerungsfonds in eine Finanzierungsgarantiegesellschaft umgewandelt. Die ergänzende strukturpolitische Flanke beschränkte sich auf die Diskussion einiger Großprojekte.

LITERATURVERZEICHNIS

- AIGINGER, K., 1976, Jahresbericht 1975 - Industrie-
produktion; in: WIFO- Monatsberichte 3/1976, S. 119-127.
- AIGINGER, K. und BAYER, K., 1975, Zum Rückschlag der
Industriekonjunktur 1975; in: WIFO-Monatsberichte
11/1975, S. 448-459.
- BACHINGER, K. und MATIS, H., 1974, Der österreichische
Schilling - Geschichte einer Währung, Graz-Wien.
- BEIRAT FÜR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALFRAGEN, 1978, Budget-
vorschau 1978-1982, Wien.
- BIFFL, G., 1977, Jahresbericht 1976 - Arbeitslage; in: WIFO-
Monatsberichte 3/1977, S. 147-152.
- BREUSS, F., 1975, Potential Output - Ein Beitrag zur
Messung gesamtwirtschaftlicher Kapazitätsauslastung
und konjunktureller Ungleichgewichte; in: Empirica
2/1975, S. 165-214.
- BREUSS, F., 1977, Die Rezession 1975 - Ursachen und
Besonderheiten; (unveröffentlichte Arbeit am WIFO), Wien.
- BREUSS, F., 1978, Energienachfrage und Potential Out-
put in Gesamtwirtschaft und Industrie; in: Empirica
2/1978, S. 215-241.
- BRUSATTI, A. und BACHINGER, K., 1970, Österreichs Wirt-
schaft in der 2. Republik; in: BRUSATTI, A., GUTKAS, K.
und WEINZIERL, E., Österreich 1945-1970 - 25 Jahre
Zweite Republik, Wien.
- BUTSCHEK, F., 1978, Dienstleistungssektor und Vollbe-
schäftigung in Österreich; in: WIFO-Monatsberichte
10/1978, S. 488-493.
- KOLLER, H., 1978, Wirtschaftsgeschichte der 2. Republik
Österreich ab 1945; in: Arbeitsgemeinschaft Wirtschaft
und Schule - Aktuelle Unterlagen zum Wirtschafts- und
Sozialkundeunterricht Nr. 29/1978, S. 2-13.
- KRAMER, H., 1978, Analyse der Wirtschaftsentwicklung im
Jahre 1977 - Leistungsbilanz wurde zum Problem;
in: WIFO-Monatsberichte 3/1978, S. 100-104.
- KRAMER, H., 1979, Analyse der Wirtschaftsentwicklung im
Jahre 1978; in: WIFO-Monatsberichte 3/1979, S. 88-92.
- ÖSTERREICHISCHES STATISTISCHES ZENTRALAMT, 1976, Land-
und Forstwirtschaftliche Arbeitskräfte; Beiträge zur
österr. Statistik Heft 516, Wien.
- SCHENK, W., 1978, Analyse der Wirtschaftsentwicklung im
Jahre 1977 - Industrieproduktion; in: WIFO-Monatsberichte
3/1978, S. 136-142.

- SCHENK, W., 1979, Technologiebedingte Strukturschwächen in der österr. Wirtschaft; in: Z (Hrsg.), Neue Technologien und Produkte für Österreichs Wirtschaft, Wien.
- SCHNEIDER, M., 1979, Analyse der Wirtschaftsentwicklung im Jahre 1978 - Landwirtschaft; in: WIFO-Monatsberichte 3/1979, S. 113-119.
- SEIDEL, H., 1967, Wachstum, Struktur und Produktivität der österr. Wirtschaft nach dem 2. Weltkrieg; Anhang II zu: OECD, Arbeitskräftepolitik und Arbeitskräfteprobleme in Österreich (Hrsgg. vom BKA und vom BMfSV), Wien.
- SEIDEL, H., 1974, Wachstum und Strukturwandel der österr. Industrie; in: WIFO-Monatsberichte 2/1974, S. 60-73.
- SEIDEL, H., BUTSCHEK, F. und KAUSEL, A., 1966, Die regionale Dynamik der österreichischen Wirtschaft, Wien.
- STANKOWSKI, J., 1978, Analyse der Wirtschaftsentwicklung im Jahre 1977 - Außenhandel; in: WIFO 3/1978, S. 163-173.
- TICHY, G., 1972, Indikatoren der österreichischen Konjunktur 1950 bis 1970, Wien.
- TICHY, G., 1972, Die Beschleunigung des Wirtschaftswachstums im Aufschwung 1967 bis 1971; in: WIFO-Monatsberichte 4/1972, S. 148-160.
- TICHY, G., 1976, Das Zusammenspiel stochastischer, deterministischer und wirtschaftspolitischer Faktoren in der jüngsten Rezession; in: Wirtschaftspolitische Blätter 3/1976, S. 99-108.
- TICHY, G., 1980, Das sogenannte "Wirtschaftswunder"; in: Profil-Extra, Sondernummer vom 30. September 1980, S. 42-46.

Die Arbeit wurde bezüglich der Auswertung statistischer Unterlagen im November 1980 abgeschlossen.

